

Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie!

Der aufgelöste Reichstag begann seine Tätigkeit inmitten einer tiefliegenden Wirtschaftskrise

Ungeheures Leid und schneidende Not

fuchten die Arbeiter und Angestellten mit ihren Familien beim. Tausen waren arbeitslos, groß war die Zahl der Kurzarbeiter; groß auch die Not derer, die wohl arbeiteten, aber für einen menschenunwürdig niedrigen Lohn.

Die tiefe Not ließ umfassende Maßnahmen zu ihrer Beseitigung notwendig erscheinen, aber keine Hand rührte sich im bürgerlichen Lager, um

ein Hilfswerk

aufzurichten, wie es eines Volkes von hoher Kultur in dieser Lage würdig gewesen wäre. Die Kommunisten nahmen Zeit und Kraft des Parlaments mit endlosen, lärmenden Geschäftsordnungsdebatten in Anspruch, und

nur die Sozialdemokratie

ging sofort nach Eröffnung der Tagung daran, die Not der arbeitenden Massen aufzulösen und den Reichstag zu Maßnahmen auf sozialpolitischem und wirtschaftlichem Gebiete zu drängen, zu Maßnahmen, die geeignet erschienen, das Maß der Not zu lindern und die darniederliegende Wirtschaft zu beleben.

Zur Behebung der unverschuldeten, wirtschaftlichen Notlage breiter Massen

forderte die Sozialdemokratie von der Reichsregierung:

1. Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag;
2. Beschaffung von Arbeitsgelegenheit entsprechend den wiederholten Reichstagsbeschlüssen und den Vorschlägen der Gewerkschaften;
3. Abwehrmaßnahmen gegen die Gesetzesobote der Arbeitgeberverbände zur Beseitigung der Tarifverträge;
4. Anweisung an die Schlichtungsausschüsse, Verlängerung

der Arbeitszeit nur bei zwingendem Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und nur von Fall zu Fall verbindlich zu erklären, sowie die dem entgegenstehenden Ausführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverordnung sofort zurückzuziehen;

5. gegen die preisvertuernden Kartelle entsprechend der Verordnung über das Kartellgericht vorzugehen.

Um die Lage der

Erwerbslosen

zu erleichtern, forderte die sozialdemokratische Fraktion sodann die Abschaffung der Pflichtarbeit, die Erhöhung des Krankengeldes für Erwerbslose und die Neuordnung der ganz ungenügenden Leistungen der Erwerbslosenfürsorge. Sie beantragte die Erhöhung der Unterstützungssätze um durchschnittlich 100%, die Gleichstellung der weiblichen und männlichen Arbeitslosen, die Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Unterstützung auf 16 Jahre und die Gewährung der Krankenunterstützung für die Erwerbslosen in Höhe der Erwerbslosenunterstützung. Ferner beantragte sie die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung.

Die bürgerlichen Parteien stimmten alle Anträge der Sozialdemokratie nieder und bewilligten den Erwerbslosen nur eine Erhöhung der Grundbeträge der Unterstützungen von 20 bis 25% und der Familienszuschläge von 35 bis 40%. Auch nach diesen Erhöhungen blieben die Unterstützungssätze unzureichend. Die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung lehnten sie vollends ab; sie begnügten sich damit, in einer Entschliessung die Gemeinden zu einer besonderen Fürsorge für die notleidenden Kurzarbeiter zu verpflichten.

Wie für die Erwerbslosen so trat die sozialdemokratische Fraktion auch für die

Invaliden- und Unfallrentner

ein, für die alten und in der Fron zerbrochenen Arbeitskräfte, die das Kapital, nachdem es sie zermüdet hat, dem tiefsten Unglück schutzlos preisgibt. Sie forderte die Verdoppelung der Leistungen der Invalidenversicherung und der

